

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Berantwortl. Herausgeber: R. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 8—4.

Beugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
sofort das Blatt 50 Pf. mehr.

Trageien: die Petitionen oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Alkalien 30 Pf.

### Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Die „Konserv. Korr.“ schreibt:  
Von einigen Seiten werden Zweifel darüber geäußert, daß den vielseitigen Wünschen nach der Einberufung eines Parteitages werde ernsthafte Rechnung getragen werden. Demgegenüber dürfte der Hinweis auf die letzte Sitzung des Vorstandes des Wahlvereins der deutschen Konservativen, in welcher der Beschluss gefaßt worden ist, den Parteivorstand mit der Einberufung eines Parteitages zu beauftragen und eine Kommission beauftragt, die bezüglichen Arbeiten einzusegen, wohl genügen. Der Unklarheit also, daß ein allgemeiner konservativer Parteitag stattfinden müßt und wird, steht außer Frage; unbestimmt ist vorläufig nur noch der Termin der Einberufung.

Der Magistrat von Berlin hat folgendes Schreiben erlassen: „Dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller teilen wir in Bezug auf das gesagte Schreibens vom 16. Mai d. J. ergeben mit, daß sich die zur Förderung der Veranstaaltung einer Weltausstellung in Berlin eingeführte gemischte Deputation der Gemeindebehörden in einer am 6. Juli d. J. stattgehabten Sitzung auf neue mit der Frage befaßt hat. Das Ergebnis der Versammlungen war der einstimmig gefaßte Beschuß der Deputation: „den Gemeindebehörden zu empfehlen, dem Garantiefonds für die geplante Weltausstellung in Berlin eine Summe von 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Ausstellung bis zum Jahre 1898 einschließlich stattfindet.“ Diesem Beschuß ist der Magistrat in seiner Sitzung vom 3. d. M. beigetreten. Die noch ausstehende Zustimmung der Stadtverordneten, welche wir unmittelbar nach Ablauf der Ferien, also Anfang September einholen werden, ist sicher zu erwarten, so daß die erofferten 10 Millionen Mark unbedenklich für den Garantiefonds in Rechnung gezogen werden können. Wir hoffen, daß die Beziehungen zum Garantiefonds nunmehr in Fluss kommen und das gewünschte Resultat ergeben werden. Berlin, den 11. Juli 1892. Magistrat biefiger königlicher Haupt- und Residenzstadt. Zelle.“

Der Staatssekretär Frhr. v. Marschall wird, dem „Hamb. Korresp.“ zufolge, Anfang nächster Monats die Geschäfte des Auswärtigen Amtes wieder übernehmen. Er weilt seit dem 4. Juli bei seiner Familie in Heringdorf. Bereits kurz vor dem Antritt seines Urlaubes war er, durch eine erste Erkrankung seines Kindes nach Heringdorf gerufen, eine Reihe von Tagen nach Berlin abwesend.

Die Art und Weise, wie sich die Unabhängigen und die Fraktionsmitglieder in der Sozialdemokratie bekämpfen, wird immer leidenschaftlicher. Der ehemalige Reichstagskandidat für Berlin 6, Herr Auersbach, ist jetzt an den Abg. W. Liebknecht einen offenen Brief gerichtet, der an Grobheit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Unabhängigen halten für Sonntags eine Versammlung ein, in der über den Vortrag von Liebknecht über Kommunismus, Sozialismus und Anarchismus verhandelt werden sollte. Dieser Vortrag hat die Wut der Unabhängigen und Anarchisten gegen die Fraktion zu hellstellen und angezündet und der Tag, dürfte nicht mehr fern sein, an dem die feindlichen Brüder handgreifen werden. Herr Liebknecht hat schon am Sonnabend eskaliert lassen, daß er der an ihn ergangenen Einladung der Unabhängigen zu der Versammlung nicht Folge leisten werde und auch die fraktionellen „Genossen“ sind auf das dringendste ersucht worden, der Versammlung fern zu bleiben. Wegen die Führer der Fraktion noch so sehr die Köpfe in den Sand stecken, sie können die Thatache doch nicht aus der Welt schaffen, daß die unabhängigen Schäfer mehr und mehr wachsen, nicht nur in Berlin, sondern auch in den Provinzen, und daß die Fraktionen immer mehr der Gefahr entgegenstehen, in ihren Versammlungen von den Unabhängigen überrumpt und niedergeschrien zu werden.

Alexiale Blätter, in erster Linie ein hiesiges Organ der genannten Richtung, hatten den Straßburger Professor Nöldeke, der bekanntlich im Prozeß Buschhoff sein Gutachten mündlich darin abzog, daß die jüdische religiöse Literatur, in erster Linie der Talmud, von Ritual- und Blutmorden nichts wissen, beschuldigt, sein Urteil sei durch Vorwurfsbelastung eines ungewöhnlich hohen Honorars beeinflußt gewesen. Prof. Nöldeke hat daraufhin an das Blatt eine Erklärung gesandt, die mit folgenden Worten schließt:

„Für die Reise nach Kleve und den Aufenthalt dort ward mir auf Anordnung des einen Bertheiligers eine Summe überwandt, die als Entschädigung für Anstrengung und Verhämmnis schwerlich zu hoch anzusehen wäre. Da ich aber von vornherein fürchtete, es könnte heißen, ich sei „von den Juden“ fürstlich bezahlt, habe ich noch vor der Reise dem Herrn Bertheiliger (Rechtsanwalt Gammertsbach) mitgetheilt, ich würde genau das nehmen, was mir nach der Gebührenordnung zustehe, den Rest, falls darin nicht anders verfügt werde, zur Hälfte den Barmherzigen Sternen und den (evangelischen) Diakonissen hier überweisen. Das ist denn auch unmittelbar nach meiner Rückkehr geschiehen; diese beiden Aufstalten, welche Tag für Tag die christliche Liebe gegen die Genossen jeden Glaubens durch die That beweisen, haben von jener Summe nicht unbedeutend mehr erhalten als ich.“

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt dazu, daß ihr privat die Summe, von der Prof. Nöldeke nur den kleineren, ihm nach der Gebührenordnung zu stehenden Theil behält, genannt worden ist, um folgt hinzu: „So hatte auch nach unserer Ansicht keine irgendwie außergewöhnliche Höhe!“

Die Kosten des Prozesses Buschhoff sollen der „Köln. Sta.“ zufolge 150,000 Mark betragen.

Über die Handelsverträge bemerkt die Handelskammer zu Bielefeld in ihrem Jahresbericht: „Nicht günstig wirkte auf die Geschäftslage i. J. 1891 die Ungewissheit hinsichtlich der neuen Gestaltung der Handelsverhältnisse der meiste Staaten nach Ablauf der Handelsverträge in Jahre 1892. Auf eine Besetzung der Zollschranken war nicht zu rechnen, aber Aenderungen standen überall bevor und deren Richtung umfassend war unbekannt. Diese Ungewissheit macht sich im Handel noch störender bemerkbar,

als die bestimmt vorliegende Thatsache einer Beschränkung des Verkehrs; sie vermehrt die Möglichkeit eines Verlustes und läßt damit die Unternehmungslust. Deshalb ist auch allzeit der Abschluß neuer Handelsverträge so dringend empfohlen und gefordert worden und deshalb ist hier nun gegen Ende des Jahres erfolgte Abschluß einer ganzen Reihe von Verträgen hochwillkommen zu heißen. Wenn auch die gewährten Erleichterungen für den Handel und Verkehr sich unter dem erwünschten Maß halten, so ist doch schon in der durch Staatsverträge geschaffenen Beständigkeit der Verhältnisse oder wenigstens doch der Sicherheit vor Erhöhung der Zölle eine feste Grundlage für die Entwicklung einer regen geschäftlichen Tätigkeit gegeben. Erhöht wird der Werth der Verträge noch dadurch, daß sie auf eine längere Reihe von Jahren abgeschlossen sind.“

Weiter aber empfiehlt die Bielecker Handelskammer insbesondere den Abschluß neuer Handelsverträge mit den nordischen Staaten, indem sie ausführt: „Anstreben bleibt Verträge zwischen Russland und Finnland, Schweden und Norwegen sowie Dänemark einerseits, und dem deutschen Reich andererseits, zur Ermäßigung und Bindung der gegenwärtigen Eingangszölle. Die lebhaften geschäftlichen Verbindungen mit den genannten Ländern würden sich dadurch wesentlich gefordert und gefestigt sehen. Erleichtert würde der Abschluß von Handelsverträgen werden, wenn die schwedischen Bewegungen in den nordischen Ländern zum Stillstand käme. Neueren Nachrichten zufolge soll das nach mancher Richtung in Schweden der Fall sein. Räumlich wird erwartet, daß die Regierung mit Anträgen auf Herabsetzung der Lebensmittelzölle vorgehen werde. Schon früher wurden praktische Erfolge der frei-händlerischen Gegenbewegung erzielt, aber es ergab sich, daß in Schweden ebenso wie in Nordamerika die Schutzzölle leichter eingeführt als bestellt sind.“

Bekanntlich hatten die sozialdemokratischen Treiber, die hinter den letzten unglücklichen Streit der Buchdruckergesellschaften standen, kein anderes Ziel im Auge, als die Vereinsorganisation als solche zu Grunde zu richten und die Gesellschaften zu „Genossen“ herabzudrücken. In einer am leichten Sonnabend abgehaltenen Versammlung ließ sich ein Herr Salomon in diesem Sinne vernehmen. „Den Buchdruckern“, sagte er, „fehlt noch die politische Reife. Sie haben noch zu viel Klassenflos in sich; Proletarier müssen sie werden, darauf folgt die politische Einsicht. Darauf erwiderte Herr Beister, der seiner Zeit zu den Führern des Streits gehört, folgendes: „Wir sollen noch nicht genug heruntergekommen sein, wir sollen noch viel zu viel Lohn kriegen! Nein, wir dürfen nicht weiter runter kommen, wir wollen höher kommen! Das ist unter Solidaritätsgefühl, auf das wir Buchdrucker noch stolz sind. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen keine Proletarier werden, wir wollen als thätige Mitglieder der Gesellschaft den Lohn haben, der uns kommt. Das sind wir uns, das sind wir unserer Familie, unseren Kindern schuldig! (Bravo!) Die Zukunftsbilder machen uns nicht satt, dafür dantzen wir ergeben. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn man die Herren, die solche Zukunftsbilder immer mit so schönen Farben ausmalen und das gegenwärtige Elend predigen, vor die Alternative stellt: „Hier, nehmt das und hofft auf jenes“, so werden sie auch bestens danken, denn sie sind klug, aber sie leben davon, daß die Dummen ihnen glauben. (Zustimmung.) Darum hütet Sie sich vor diesen Leuten!“ (Sturmisches Bravo!)

Posen, 13. Juli. Zur Lage der deutschen Lehrer in der Provinz Posen schreibt die „Pos. Zeitung“:

Als vor etwa fünf Jahren die Jöglinge aus deutschen Lehrerseminaren in die Posenischen Seminare verlegt wurden, um einerseits dem in unserer Provinz herrschenden Lehrermangel abzuhelfen, andererseits das Werk der Germanisierung, welches der damaligen Regierung nicht schnell genug gehen wollte, zu fördern, wurden den herbeigerufenen Kandidaten des Lehramts die weitgehenden Versprechungen gemacht.

Im Verlaufe der heutigen Beratung über den Paragraphen 24 des Münzgesetzes erklärte der Finanzminister Dr. Steinbach, die Silbergulden

bleiben bis zur Einführung der Kronenwährung und während

der Einführung der Kronenwährung silberne Zweitorneutrale mit voller Zahlkraft sein.

Es sei daher unzweifelhaft, daß man, so lange diese Silbergulden beständen, Silberverpflichtungen in

solchen Silbergulden leisten könne. Nach der Aufnahme der Baarzahlungen würden die ein-

gegangenen Verpflichtungen Kronengulden sein, welche mit allen dann als zulässig erklärten Zahlungsmitteln berichtigt werden könnten. Solche Mittel würden, was bereits heute feststehe, gewisse Goldmünzen sein. Wie es mit den voll bedeckten Banknoten und dem Kourantfüller be-

steilt sein werde, könne er heute noch nicht sagen.

Gewiß sei, daß die Gulden als Kourantfüller wei-

ter fortsetzen würden und daß die Frage des

längstigen Bestehens von Kourantfüller in diesem

Gesetz offen bleibe. Bezüglich der Staatschulden erklärte der Minister, nach der Aufnahme der Baarzahlungen würden diese Silberverpflichtungen zu-

ber deren Sinne in dem dann noch im Umlauf be-

stehenden Kourantfüller bezahlt werden können.

Silberchulden würden auch in Gold bezahlt wer-

den können, dieselben könnten aber auch vor Auf-

nahme der Baarzahlungen nicht in uneinlösbares Papier bezahlt werden, weil es Schulden in klein-

erer Münze seien. Insofern also vor und nach

der Aufnahme der Baarzahlungen Kourantfüller be-

stehten werde, würden Silberchulden auch in Kourantfüller getzt werden.

Wien, 18. Juli. Unter dem Vorst. des Minis-

ters Zalešek hat gestern eine Cholera-En-

quête über weitere Maßregeln gegen die Ein-

schleppung der Seuche stattgefunden. Die Enquête

ward eigens einberufen, weil Nachrichten kamen,

wonach auch die östlichen russischen Meldungen

noch nicht die ganze Wahrheit enthalten, die Cho-

lera weit schlimmer auftrate, als bisher bekannt

ist, und auch schon die an der russischen Grenze

verschickten Truppen ergriffen habe. An die Lan-

desbehörden von Galizien und der Bukowina sind

neuerliche Weisungen betrifft sofort weiter

gelegene Vorkehrungen ergangen. Gerichtsweise

verlautete, die geplante Kaiserreise nach Galizien

Carnot bei seiner Anwesenheit in Toulon zu er-

wider.

Wien, 18. Juli. Eine für Bosnien und

die Herzegowina in kultureller und wirtschaft-

licher Hinsicht wichtige Reform steht unmittelbar bevor. Das aus der Tirkenseite verbliebene Robotgesetz wird dahin abändern, daß die jedem Arbeitsfähigen obliegende Robotpflicht durch einen geringen Geldebetrag abgelöst werden kann, während die Robotpflicht mit Lasthieren, welche die Bevölkerung besonders drückt empfand, gänzlich und ohne jede Erleichterung abgeschafft wird. Die Verordnung hierüber soll heute oder morgen in Serbien amtlich publiziert werden.

Pest, 17. Juli. Man telegraphiert dem „Budapest-Hirlap“ aus Tarcal, Komitat Zemplin, daß dort ein Bauer, 40 Jahre alt, gestern früh mit allen Anzeichen der asiatischen Cholera gestorben sei. Die Regierung hat verordnet, daß der Fall untersucht und amtlich festgestellt werde.

### Belgien.

Der deutsche Turnverein in Brüssel veröffentlicht den Briefwechsel zwischen ihm und dem Vorstand des belgischen Turnerbundes über die Beteiligung am Nancyer Turnfest. Die „Königliche Zeitung“ hatte den Brief des Herrn R. J. Cuperus veröffentlicht, der dem Verein mitteilte, ihm werde keine Einladung zum französischen Bundesfest geschickt, er werde begreifen, warum; einzuweilen sei die Theilnahme des Vereins an einem französischen Turnfest nicht geplant, berührte die Erinnerung, daß er die Theilnahme an der Bewegung mit längerer Gefängnisstrafe büßen müsse, sehr sonderbar. Er hatte das Schuhmachergewerbe gelernt, hat sich aber später als Dichter und Schriftsteller hervorgetragen und sandt als solcher u. a. von Carlisle rühmende Anerkennung.

Rom, 18. Juli. (W. T. B.) Die bereits gemeldete päpstliche Encyclica zu Ehren des Columbus ist nunmehr veröffentlicht. In derselben Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt Max Gerstmann, Otto Tieles, Elberfeld W. Thiennes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nothaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Atom, 18. Juli. (W. T. B.) In der vergangenen Nacht trat wieder eine gesteigerte Thätigkeit der vulkanischen Ausbrüche auf dem Etna ein, die von starkem Getöse begleitet war. Es wurden Steine bis zu einer Höhe von 400 Meter emporgesleudert. Heute früh war das Getöse schwächer und schwach. Für die Bewohner der nahegelegenen Ortschaften ist zur Zeit keinerlei Gefahr vorhanden. Vom Raptofien und aus den Quellen von Bachella findet eine intensive Gasausströmung statt.

### Großbritannien und Irland.

London, 16. Juli. Thomas Cooper, der lebt der Chartisten-Führer, starb gestern in dem vorgerückten Alter von 88 Jahren. Er war einer der ehrlichsten und aufrichtigsten Vorsteher der Chartisten-Bewegung, und heute, wo die hauptsächlichen Forderungen derselben längst erfüllt sind, berührt die Erinnerung, daß er die Theilnahme an der Bewegung mit langer Gefängnisstrafe büßen müsse, sehr sonderbar. Er hatte das Schuhmachergewerbe gelernt, hat sich aber später als Dichter und Schriftsteller hervorgetragen und sandt als solcher u. a. von Carlisle rühmende Anerkennung.

### Dänemark.

Kopenhagen, 18. Juli. (W. T. B.) Der Gemeinderat bewilligte heute Abend drei Millionen Kronen zum Bau eines neuen Rathauses.

### Norwegen.

Petersburg, 18. Juli. (W. T. B.) Nach amtlichen Melbungen wurden an Cholerafällen konstatiert: In Uljanow am 15. Juli 391 Erkrankungen und 225 Todesfälle, am 16. Juli 299 Erkrankungen und 218 Todesfälle. In Saratow am 15. Juli 82 Erkrankungen, 43 Todesfälle. In Tschariz am 15. Juli 90 Erkrankungen, 62 Todesfälle. In Zarizin am 15. Juli 89 Erkrankungen, 54 Todesfälle. In Szamara am 15. Juli 51 Erkrankungen, 20 Todesfälle, am 16. Juli 62 Erkrankungen, 32 Todesfälle. In Kasan am 15. Juli 7 Erkrankungen, 3 Todesfälle, am 16. Juli 5 Erkrankungen, 3 Todesfälle.

### Serbien.

Belgrad, 18. Juli. Der Überfall der Revolution des „Obor“ durch Oberst Ostojich hat ungewöhnliche Aufregung hervorgerufen. Mehrere Journalen warnen die Regentität vor solchen Gewalttaten; angeblich solcher Zustände möge man doch lieber die Gerichte schließen und die Richter forschicken.

### Amerika.

Damit sich unsere Leser einen Begriff machen können, wie es auf einem nordamerikanischen Streit-Kriegsschauplatz aussieht, geben wir folgende Telegramme wieder, welche das „Reuters Bureau“ im Laufe des 14. Juli aus dem Streitrevieren in den Staaten Washington und Idaho versandt hat:

Washington, 14. Juli. Senator Douglass aus Idaho hat aus Boise, Idaho, einen Generalanwalt des Staates unterzeichneten Bericht erhalten, in welchem mitgetheilt wird, daß der Gouverneur über die Grafschaft Shoshone den Belagerungszustand verhängt hat. Der Bericht sagt hinzu: „Zwölf tote, nicht dem Gewerke angehörige Bergleute wurden gestern im Fourth of July Gulch gefunden. Sie waren am Dienstag ermordet worden. Meiner Ansicht nach sollten alle Leute, die sich an den Bluttholen oder an der Zerstörung von Eigentum beteiligt haben, verhaftet und in Arrestzustand versetzt werden. Es sollte ein Exempel statuiert werden.“ Reguläre Truppen und Milizen lagerten in Catello und erwarten Verstärkungen.

